

Alain Frachon, Ist der Euro Opfer ideologischer Fallen?

Inhalte eines in der Pariser Tageszeitung Le Monde am 11.11.2011 (S.25) erschienenen Artikels.

Originaltitel: „L'euro, victime des pièges de l'idéologie?“

Alain Frachon, Le Monde-Redakteur, verantwortlich für den Bereich internationale Chronik

Viele Ökonomen versichern, zur Entschärfung der Eurokrise würde ein einziger kleiner, von der Europäischen Zentralbank ausgesprochener Satz genügen. Die EZB müsste nur klar und deutlich sagen, dass sie als letzte Finanzierungsinstanz fungiert - auf die verschuldete Euro-Staaten im Notfall zurückgreifen können...

Die Märkte hätten dann mehr Respekt und die Einstufungen der Rating-Agenturen weniger Bedeutung. Die budgetäre Austeritäts-Schlinge bzw. Sparmaßnahmen könnten gelockert, Aufschwungtendenzen und staatlicher Schuldendienst erleichtert werden...

Die Ressourcen einer Zentralbank in ihrer Funktion als höchste Geldschöpfungsautorität sind praktisch unerschöpflich. Kann eine Zentralbank als letzte Finanzierungsinstanz für verschuldete Staaten fungieren, schreckt sie Zins-Spekulanten ab und Zinssätze für Staatsanleihen hoch verschuldeter Staaten steigen nicht unendlich weiter... Die verschuldeten Staaten sähen sich nicht mit immer höheren Kosten ihrer Schuldendienste konfrontiert und könnten sich eher aus eigener Kraft aus der konjunkturellen Abwärtsspirale befreien...

Bei einer Zentralbank mit dieser Finanzierungsfunktion sind die vorhersehbaren Abläufe anders als zurzeit in der Eurozone. Wenn nicht schon allein die ins allgemeine Bewusstsein eingedrungene Finanzierungsfunktion zur Mäßigung des Zinsniveaus führt, wird der tatsächliche (mengenmäßig nicht von vornherein begrenzte) Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank mäßigend auf die Zinsentwicklung wirken – genau das geschieht beispielsweise zurzeit in den USA, in Großbritannien und in Japan...

Diese Länder werden nicht oder kaum von Zins-Spekulanten attackiert, weil den Märkten die Rolle der Zentralbanken als letzte Finanzierungsinstanz klar ist...

Warum handelt die EZB nicht vergleichbar?

Weil sie an eine Ideologie gekettet ist, die die strikte Teilung makroökonomischer Zuständigkeiten lehrt:

Die Zentralbank ist allein für die Geldpolitik zuständig, der Staat allein für den öffentlichen Haushalt, d.h. die Zentralbank hat nur die Aufgabe, die Geldwertstabilität zu garantieren und die Staaten, ihre Haushaltsschulden zu managen...

Aus dieser Gewaltenteilung folgt, dass die EZB den Euro-Staaten nicht bei ihrer Schuldenverwaltung bzw. beim Stopfen ihrer Haushaltslöcher zu Hilfe kommen darf.

Jean-Paul Fitoussi, Direktor des Pariser Wirtschaftsforschungsinstituts OFCE meint:

„Das ist pure Ideologie, mit der man die Monetarisierung eines Teils der öffentlichen Schulden verhindert und mit der man sich selbst zur Ohnmacht verdammt. Man bindet sich durch diese in den europäischen Verträgen verankerte Doktrin, die (wirtschafts- und finanzpolitisch) auf den Holzweg führt, selbst die Hände.“

Fitoussi weiter: „Durch das Verbot einer letzten staatlichen Finanzierungsinstanz hat man bei finanziellen Schwierigkeiten der Euro-Staaten folgende Wahlmöglichkeiten: entweder Staatsbankrott oder Hilfen unter Sparpolitik-Bedingungen, die im Übrigen den Staatsbankrott nicht verhindern werden“.

Fitoussis Unverständnis wird von amerikanischen Ökonomen - von Paul Krugman, über Kenneth Rogoff bis Jeffrey Sachs - geteilt, die im Grunde dasselbe sagen:

„Könnte die EZB die Staats-Schulden der Euro-Länder direkt übernehmen, würde das zu einer beträchtlichen Entschärfung der Euro-Krise beitragen“ (Paul Krugman in der New York Times vom 23.Oktober 2011).

Welche Risiken werden gegen eine Zentralbank als letzte staatliche Finanzierungsinstanz geltend gemacht?

Hauptsächlich die Inflationsgefahr. Die Verfechter der (neoklassischen) Gewaltenteilung machen geltend, ihr Aufgeben setze die Notenpresse auf vollen Touren in Gang, führe zu bloßer Geldmengenvermehrung.

Die aus der Geldmengenvermehrung resultierende Inflationsfurcht geht einher

a) mit Währungsabwertungsfurcht und b) mit Erinnerungen an die 1920er Jahre, die zum Aufstieg Hitlers führten und das kollektive Gedächtnis der Deutschen belasten.

Aus diesem Grund war Deutschland zur Aufgabe seiner soliden DM nur unter der Bedingung bereit, dass die neue Europäische Zentralbank allein für die Bewahrung der Geldwertstabilität (des Kampfes gegen die Inflation) zuständig ist.

Die Verfechter dieser Doktrin führen als weitere Gründe an, man müsse die Glaubwürdigkeit des Geldemissionsinstituts Europäische Zentralbank sichern. Daher dürfe diese keine „faulen Forderungen“ in ihrer Bilanz dulden – doch kauft die EZB inzwischen unter der Hand beträchtliche Mengen von Anleihepapieren der schwächsten Euro-Länder.

Ein anderes Argument der Gewaltenteilungsbefürworter ist, man solle nicht budgetäre Nachlässigkeit durch die Aussicht begünstigen, auch unverantwortliche Schulden seien im schon Voraus abgedeckt.

Auf diese Argumente antworten Fitoussi und Krugman, Geldschöpfung führe in unseren zurzeit geschwächten Volkswirtschaften zu keiner Inflation. Um zu verhindern, dass eine Lockerung des Trennungs-Axioms nicht als Anreiz zu unmäßiger Budgetpolitik verstanden wird, könne man ja gleichzeitig strengere Haushaltsdisziplin in der Eurozone vereinbaren, eine Art Geschäft auf Gegenseitigkeit also.

Paul Krugman schließt seinen Artikel in der New York Times mit den Worten:

„Die Europäer haben auf den Ruinen des Krieges Gesellschaften geschaffen, die ohne perfekt zu sein, zu den anständigsten Gesellschaften der Menschheit gehören. Und dieses Werk ist bedroht, weil eine europäische Elite... den Kontinent an ein Geldsystem ankettet, das starre Strukturen („Rigidität“) schafft..., die die Form einer tödlichen Falle annehmen“.